

Maaz, Kai; Ordemann, Jessica

Bildung in Deutschland 2018. Bildungsbericht 2018

formal und inhaltlich überarbeitete Version der Originalveröffentlichung in:

formally and content revised edition of the original source in:

Schulverwaltung : Fachzeitschrift für Schulentwicklung und Schulmanagement. Hessen, Rheinland-Pfalz 23 (2018) 11, S. 292-297



Bitte verwenden Sie in der Quellenangabe folgende URN oder DOI /

Please use the following URN or DOI for reference:

urn:nbn:de:0111-pedocs-168631

10.25656/01:16863

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-168631>

<https://doi.org/10.25656/01:16863>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Bildung in Deutschland 2018

Kai Maaz & Jessica Ordemann

Bereits zum siebten Mal bietet die vor kurzem veröffentlichte aktuelle Ausgabe des nationalen Bildungsberichts eine systematische Bestandsaufnahme des gesamten deutschen Bildungssystems – von der frühen Bildung über das Schulwesen, die berufliche Ausbildung und die Hochschulbildung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Der von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellte Bericht analysiert die Bildungsvoraussetzungen, Bildungswege und Bildungsergebnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Ein Schwerpunktkapitel befasst sich mit den Wirkungen und Erträgen von Bildung.

Die Autorengruppe hat sechs übergreifende Trends und Problemlagen im deutschen Bildungssystem identifiziert:

1. Zuwachs an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern
2. Trend zur höheren Bildung
3. anhaltende Unterschiede zwischen Bildungsbenachteiligten und Leistungsspitze
4. wachsende Vielfalt in den Bildungseinrichtungen
5. unterschiedliche Entwicklungsperspektiven von Bildungsregionen
6. die hohe Bedeutung der Bildungsprozesse für das Individuum und die Gesellschaft

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über diese Trends. Dabei konzentriert er sich vor allem auf das allgemeinbildende Schulsystem und die daraus resultierenden Herausforderungen.

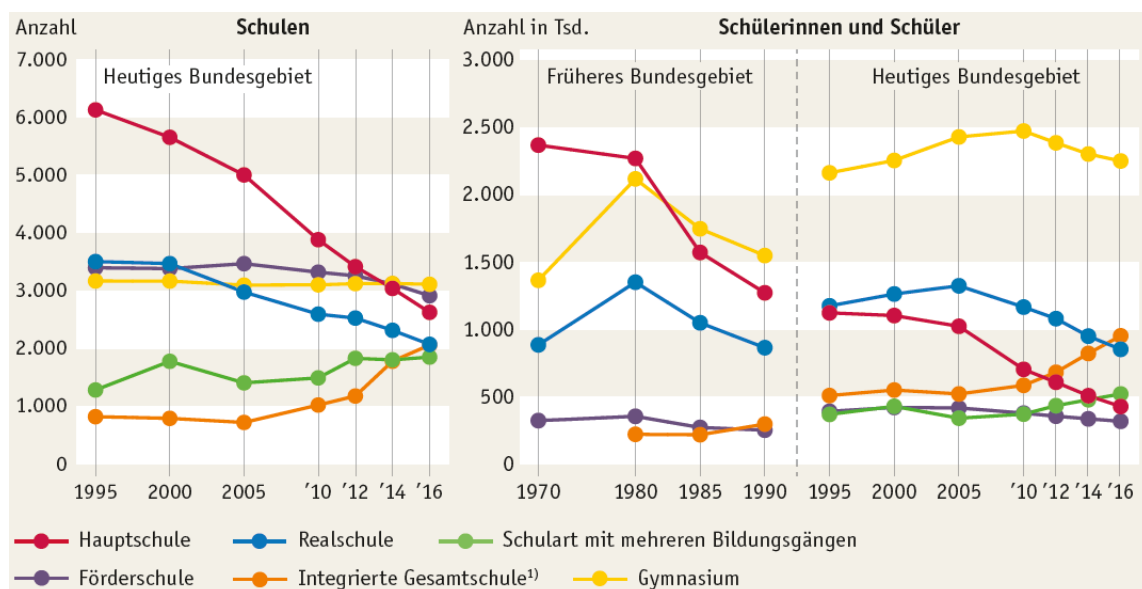
Zuwachs an Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern

In den vergangenen Jahren hat sich die Tendenz fortgesetzt, dass immer mehr Personen die Angebote des Bildungssystems wahrnehmen. Insgesamt stieg deren Anzahl von 16,6 Mio. in 2013 auf insgesamt 17,1 Mio. in 2017. Insbesondere drei sozio-demografische Trends unterstützen diesen Anstieg. Erstens steigen die Geburtenzahlen wieder an, nachdem sie über viele Jahre rückläufig waren. Das wird in den nächsten Jahren zu zusätzlichem Platzbedarf in der frühkindlichen Bildung, dem allgemeinen Schulsystem sowie in der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung führen. Zweitens sind zwischen 2015 und 2016 verstärkt Schutz- und Asylsuchenden zugewandert. Und drittens setzte sich der Wandel der Familienformen weiter fort. Insbesondere sind immer mehr Mütter erwerbstä-

tig. Daher brauchen Kinder früher vorschulische Bildungs- und Betreuungsangebote. Außerdem nehmen sie verstärkt Ganztagesangebote in Anspruch.

Die Tendenz der steigenden Anzahl von Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer hat derzeit noch nicht das allgemeinbildende Schulsystem erreicht. Hier gingen die Schülerzahlen in den letzten Jahren um knapp 987 Tsd. Schülerinnen und Schülern zurück. Während 2006 noch 9,4 Mio. Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen besuchten, waren es 2016 nur noch 8,4 Mio. Kinder und Jugendliche (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Entwicklung der Schul- und Schülerzahlen seit 1970/95* nach Schularten des Sekundarbereichs (Anzahl)**



* Aufgrund der gemeinsamen Erfassung von Grund- und Hauptschulen („Volksschulen“) ist ein Ausweis der Anzahl an Sekundarschulen erst ab 1992 sinnvoll.

** Ohne Orientierungsstufe, Freie Waldorfschulen, Abendschulen und Kollegs.

1) Einschließlich der heutigen „Gemeinschaftsschulen“

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildung im Zahlenspiegel 2006, Schulstatistik 2015/2016

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 89

Perspektivisch ist aber aufgrund der genannten steigenden Geburten- und Zuwanderungszahlen auch mit einem Mehrbedarf im allgemeinbildenden Schulsystem zu rechnen. Es dürfte daher zu einer größeren Herausforderung werden, ausreichend Lehrkräfte bereitzustellen. Denn neben dem Mehrbedarf werden aufgrund des Altersdurchschnitts in den nächsten Jahren vermehrt Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Dass hier eine Personallücke entsteht, zeigen bereits die aktuellen Zahlen bei den Neueinstellungen in den Schuldienst. Bereits 2016 waren insgesamt 8,4 % Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger, also Personen, die kein grundständiges Lehramtsstudium abgeschlossen haben. Dabei variiert die Zahl erheblich zwischen den Bundesländern. Sie reicht von fast 0 bis 35 Prozent.

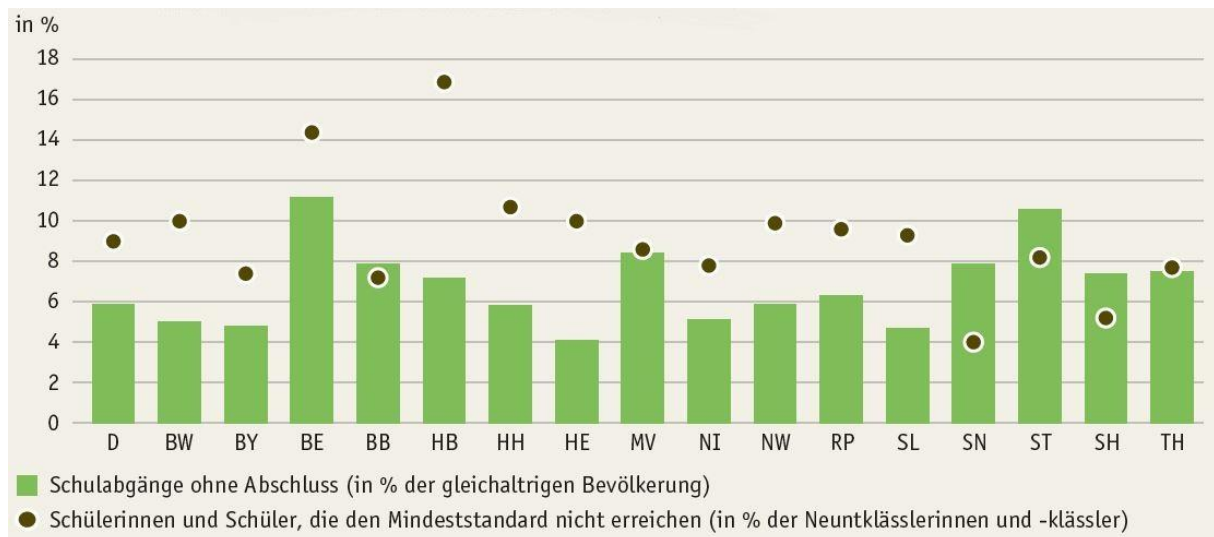
Anhaltender Trend zu höherer Bildung

Immer mehr Schülerinnen und Schüler streben höhere Bildungsabschlüsse an. Dieser Trend wird durch die erhöhte Durchlässigkeit zwischen den Schularten und die damit verbundenen Abschlussoptionen gefördert. Dabei zeigt sich eine ungebrochene Attraktivität des Gymnasiums und im Vergleich zu 2006 sind die Übergänge von Grundschule in das Gymnasium von 30 Prozent auf 41 Prozent gestiegen. Am Ende der Schulzeit führen die zunehmende Ausdifferenzierung der Abschlussarten mit der Möglichkeit höherer Bildungsabschlüsse sowie die vermehrten Übergänge an das Gymnasium dazu, dass im gleichen Zeitraum der Anteil an Schulabsolventen von 34 auf 43 Prozent angestiegen ist. Der Trend zur höheren Bildungsbeteiligung spiegelt sich auch in der Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger wider. Sie hat sich in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt. So haben im Jahr 2016 über 500.000 Personen ein Studium angefangen.

Doch es hat auch Schattenseiten, dass immer mehr hohe Bildungsabschlüsse erzielt werden. Denn zugleich halten die Fortschritte bei den notwendigen Kompetenzen mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Der IQB-Bildungstrend verdeutlicht für 2015 erneut, dass fast jede zehnte Schülerin oder Schüler in der Jahrgangsstufe 9 beim Leseverstehen nicht den Mindeststandard für den Hauptschulabschluss erreicht. Zudem verließen 2016 6,1 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger die Schule ohne Abschluss. Diese Zahl ist im Vergleich zu den vergangenen Jahren wieder leicht angestiegen, was vornehmlich auf den zunehmenden Anteil ausländischer Schulabgängerinnen und -abgänger zurückzuführen ist. Hierfür dürfe die verstärkte Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 ausschlaggebend sein.

Gleichzeitig zeigt sich: Die Anteile, der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard im Lesen in der 9. Jahrgangsstufe nicht erreichen, sowie der Schulabgänge ohne Schulabschluss unterscheiden sich zwischen den Bundesländern zum Teil erheblich – bei einer großen Bandbreite von Ergebnissen. (Abb. 2). Dass aber im Schnitt bundesweit 6 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung die Schule ohne Abschluss verlassen, während 9 Prozent in der Jahrgangsstufe 9 hinter den Mindestanforderungen zurückbleiben, deutet zumindest darauf hin, dass ein Teil der Jugendlichen mit Hauptschul- oder höherem Abschluss allenfalls über basale Lesefähigkeiten verfügt.

Abb. 2: Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2015 und Schüleranteil, der in Jahrgangsstufe 9 den Mindeststandard* für den Hauptschulabschluss nicht erreicht, im Jahr 2015 nach Ländern (in~%)



* Schülerinnen und Schüler, deren Leseleistungen bei der Überprüfung des Erreichens der KMK-Bildungsstandards unterhalb Kompetenzstufe Ib liegen.

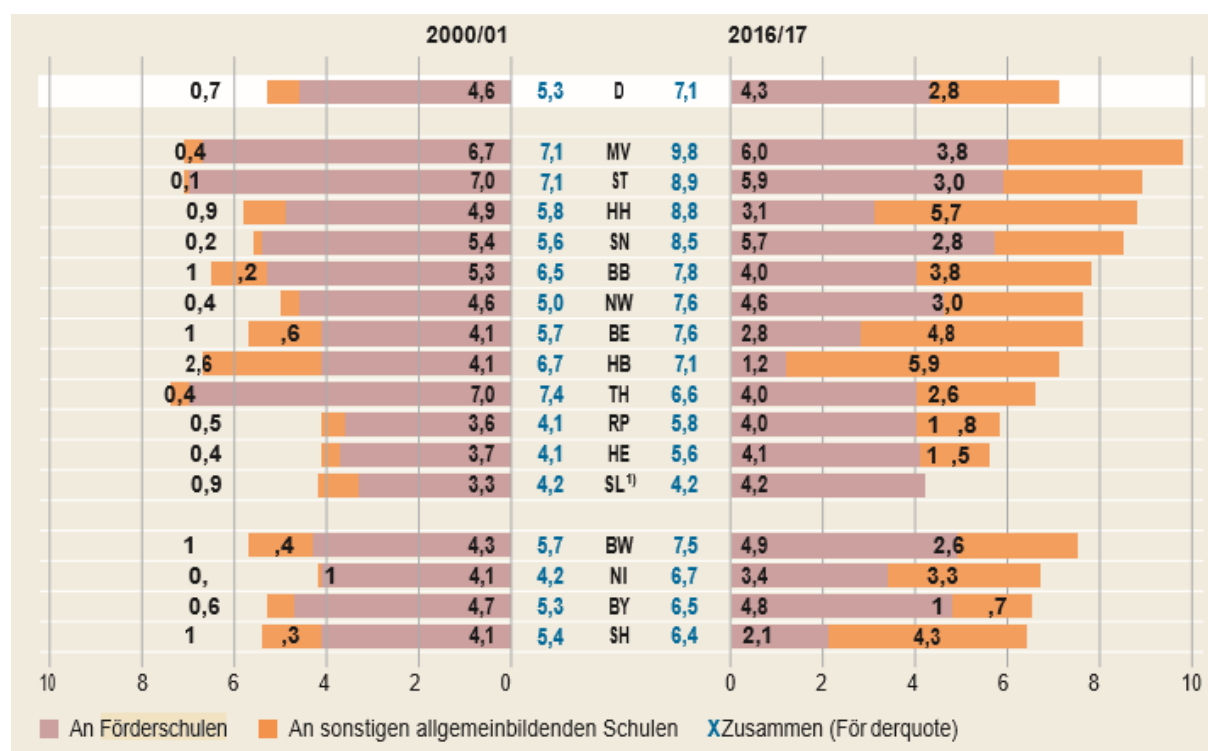
Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 122

Wachsende Heterogenität im Bildungssystem

Die Vielfalt in den Klassenzimmern nimmt weiter zu. Neben den Zusammenlegungen der Schularten ist dies auch auf die Zuwanderungen von Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen. Zwar hatte das Wanderungssaldo mit einer Zuwanderung von 1,16 Millionen Menschen bereits 2015 seinen Höhepunkt erreicht und sank 2016 auf 635.000 Menschen ab. Dennoch sind 2016 in der Gruppe der sechs bis unter achtzehn-Jährigen immer noch 126.000 Kinder und Jugendliche neu nach Deutschland gekommen. Sie alle sind schulpflichtig und müssen in das Bildungssystem integriert werden. Alle Bundesländer begegnen dieser Entwicklung mit mehr Vorbereitungs- und Übergangsklassen sowie Förderkursen.

Der Bildungsbericht 2018 legte einen besonderen Fokus auf Kinder mit sonderpädagogische Förderung. Ihr Anteil ist 2016 mit 7 % aller Schülerinnen und Schüler wie in den Vorjahren erneut angestiegen. Diese Kinder besuchen weiterhin überwiegend Förderschulen: Der bundesweite Integrationsanteil liegt derzeit bei 39 %. Lediglich in vier Ländern wird die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen unterrichtet. Das Angebot eigenständiger Förderschulstandorte hat sich in vielen Ländern und Kreisen kaum verändert (Abb. 3).

Abb. 3: Sonderpädagogische Förderung* 2000//01 und 2016/17 nach Ländern und Förderort (in~%)**



* In den meisten Ländern werden Schülerinnen und Schüler erfasst, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf förmlich festgestellt wurde. In BW, BY, NI und SH wird sonderpädagogische Förderung hingegen unabhängig davon erfasst, ob der Förderbedarf förmlich festgestellt wurde.

** Ohne Schülerinnen und Schüler an „Schulen für Kranke“.

1) Ab 2016 ist eine quantitative Erfassung sonderpädagogischer Förderbedarfe an sonstigen allgemeinbildenden Schulen nicht mehr möglich.

Quelle: Sekretariat der KMK, 2018, Sonderpädagogische Förderung in Schulen

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 105

Betrachtet man die in Abbildung 3 dargestellte Entwicklung, lässt sich zweierlei festhalten: So werden Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht nur vermehrt an sonstigen allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, die Förderquote ist auch insgesamt gestiegen. So hat sich zugleich in einigen Ländern auch der Anteil von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf an Förderschulen vergrößert. Das sind durchaus kontroverse Befunde. Sie deuten darauf hin, dass in den Bundesländern sehr unterschiedlich mit sonderpädagogischem Förderbedarf umgegangen wird.

Regionale Unterschiede

Regionale Disparitäten im Bildungssystem lassen sich in allen Bildungsberiechen beobachten. In einem Teil der ländlichen Regionen gibt es bereits jetzt nicht mehr ausreichend wohnortnahe (öffentliche) Bildungsangebote. So passen etwa Ausbildungsangebot und -nachfrage häufig nicht zusammen. Besonders deutlich wird der Trend aber auch bei den Bildungsangeboten im Schulwesen der ostdeut-

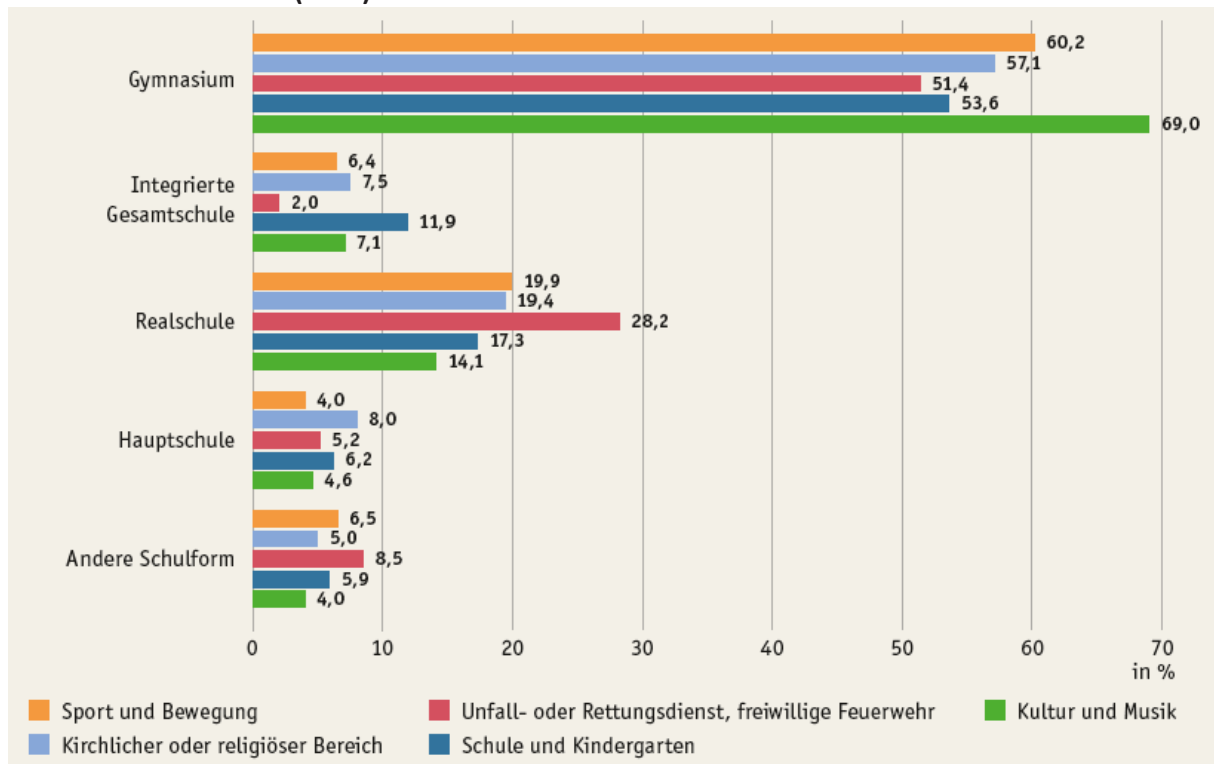
schen Landkreise und kreisfreien Städte: Insgesamt ist dort zwischen 2006 und 2016 die Anzahl Grundschulen um 11 Prozent und die Anzahl der beruflichen Schulen sogar um 26 Prozent zurückgegangen. Damit entstehen in strukturschwachen und -starken Regionen unterschiedliche Herausforderungen, will man ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot sichern. In einigen Regionen übernehmen das schon jetzt zu einem erheblichen Teil private Bildungsanbieter.

Durch regionale Disparitäten im Bildungsangebot sinken die Chancen junger Menschen, sich persönlich und beruflich zu entfalten. Die unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven bieten letztlich Standortvorteile oder -nachteile. Davon ist die Attraktivität der Regionen als Wohn- und Arbeitsort insgesamt betroffen. Die Folge kann eine weitere Zu- oder Abwanderung sein, was sich wiederum erneut auf die regionale Bildungsnachfrage und das entsprechende Angebot auswirkt. Es droht ein sich selbst verstärkender Trend.

Bedeutung von Bildungsprozessen für das Individuum und die Gesellschaft

Bildung eröffnet Lebenschancen für jeden. Kinder und Jugendliche mit Zugang zu Bildung sind bereits in ihrer Schulzeit häufiger freiwillig aktiv und engagieren sich in Kultur und Musik, bei Sport und Bewegung oder aber auch im kirchlichen oder religiösen Bereich (Abb. 4). Nach der Schulzeit sind sie zudem häufiger erwerbstätig und seltener arbeitslos, sie verdienen mehr und sind häufiger politisch oder gesellschaftlich engagiert. Darüber ist bei Personen mit einem Schulabschluss über dem Sekundarbereich II die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie sportlich aktiv sind oder sich gesundheitsbewusst ernähren. Zugleich sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass sie rauchen oder an der Krankheit Adipositas erkranken. Auf dem Arbeitsmarkt profitieren Frauen jedoch oftmals in einem geringen Maße von Bildung. Höhere Bildungserträge erzielen sie außerhalb des Arbeitsmarktes. Bei Männern ist das Gegenteil der Fall. Für den Staat lohnt sich Bildung ebenfalls, unabhängig davon, ob sie beruflicher oder akademischer Natur ist.

Abb. 4: Bereiche von freiwillig tätigen Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis unter 25 Jahren 2014 nach Schulart (in%*)



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 221

Herausforderungen

Aus den hier skizzierten übergreifenden Trends- und Entwicklungslinien lassen sich eine Reihe von Herausforderungen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems ableiten. Dabei hat die Autorengruppe insgesamt fünf zentrale Herausforderungen benannt:

1. *Ausbau und Umbau von Bildungsinstitutionen*

Die Veränderungen der Rahmenbedingungen verlangen nach Anpassungen und strukturellen Umbaumaßnahmen innerhalb des Bildungssystems. Dafür muss das Bildungsangebot über Ländergrenzen erkenn- und vergleichbar sein. Ziel muss es dabei sein, Bildungsinstitutionen gemeinsam mit den Beteiligten zu angemessenen, entwicklungsfähigen, zukunftsorientierten und zugleich nicht separierenden Lernumwelten weiterzuentwickeln. Die Institutionen selbst müssen in ihren Strukturen insoweit offen sein, dass sie zukünftigen Anforderungen entsprechen können – z. B. hinsichtlich der zunehmenden Digitalisierung als Herausforderung und Chance. Dies wird nur gelingen können, wenn Bildungsinstitutionen und Bildungsangebote verstärkt als Orte der Kooperation geplant, eingerichtet und wahrgenommen werden, um zunehmend flexibel auf bestehende und zukünftige Herausforderungen reagieren zu können.

2. *Personalentwicklung und Personalausbau*

Zur Bewältigung der aufgezeigten Trends und Problemlagen ist eine intensive Förderung und eine breite Unterstützung des pädagogischen Personals vonnöten. Allein der Anstieg der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und der sich abzeichnende altersbedingte Ersatzbedarf an Lehrkräften machen auf die Bedeutung der Lehrerbildung aufmerksam. Darüber hinaus kommt der kontinuierlichen und zugleich qualifizierten Fort- und Weiterbildung eine zentrale Bedeutung zu, wenn auf die benannten gesellschaftlichen Entwicklungen zeitnah reagiert werden soll. Dabei gilt es auch, das pädagogische Personal in die Lage zu versetzen, auf heterogene Ausgangslagen reagieren zu können. Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger in das Schulsystem stellen aufgrund ihrer mitgebrachten Erfahrungen sicherlich eine Bereicherung dar. Zugleich dürfen aber die Qualifikationsanforderungen an das Personal insgesamt nicht abgesenkt werden. Angemessene Formen der Einstiegsqualifikation und der begleitenden Förderung und Unterstützung stellen notwendige Bedingungen dar. Ohne entsprechende Investitionen wird es aber nur schwer gelingen, auf die aktuellen Anforderungen im Bereich der Personalabsicherung und -weiterentwicklung erfolgreich antworten zu können.

3. *Verständigung über Qualitätsmaßstäbe*

Die Entwicklung, Implementation und Überprüfung von Bildungsstandards im Schulbereich ist das prominenteste Beispiel für normative Qualitätsmaßstäbe. Sie definieren für den Primarbereich, für den Hauptschulabschluss, den mittleren Bildungsabschluss sowie das Abitur, welchen Kompetenzstand Kinder und Jugendliche bis zu einem bestimmten Punkt ihrer Bildungslaufbahnen erreicht haben sollten. Für die übrigen Bildungsbereiche gibt es vergleichbare Qualitätsmaßstäbe nicht. Qualitätsmaßstäbe beziehen sich aber auch auf die Bedingungen Erreichbarkeit, Durchlässigkeit, Chancengerechtigkeit, Finanzierbarkeit oder Vergleichbarkeit. Viele der genannten Qualitätsaspekte werden zwar allgemein geteilt, allerdings sind sie selten kriterial definiert und ausbuchstabiert. Die Qualitätssicherung und -entwicklung muss schließlich auch bei den einzelnen Bildungseinrichtungen ansetzen, da diese als Bildungs- und Lebensort von Kindern und jungen Menschen sowohl kognitive als auch soziale Entwicklungsprozesse anregen oder hemmen können. Provisorische Einrichtungen sind eher ein Zeichen dafür, dass zusätzliche Bedarfe aufgrund nicht vorhersehbarer Entwicklungen entstanden sind. Teilweise zeugen sie aber auch von bildungspolitischen Versäumnissen. Daher stellen sie in diesem Zusammenhang wohl kaum einen optimalen Bildungs- und Entwicklungsort dar. Es gehört mehr dazu, Räumlichkeiten für Bildung anregend und kommunikativ zu gestalten, als einen Zweckbau zu realisieren oder instand zu halten.

4. *Verbesserungen bei der Datengrundlage für die formativ ausgerichtete Qualitätsentwicklung*

In allen Bildungsbereichen braucht es Indikatoren, mit denen die Entwicklung des Systems in

Bezug auf Leistungsaspekte beschrieben werden kann. Sie müssen über Strukturinformationen wie die Erreichbarkeit der Angebote oder die Anzahl an Schul-, Ausbildungs- oder Studienabbrüche hinausgehen und qualitative Leistungsaspekte inkludieren. Das ermöglichen z. B. die Trendstudien zu den nationalen Bildungsstandards und internationale Vergleiche im Primar- und Sekundarbereich I, anhand derer sich Handlungsbedarfe für die politische Steuerung aufdecken lassen. Beim Erwerb der Hochschulreife ist der gemeinsame Abitur-Aufgabenpool der Länder für die zentralen Abschlussprüfungen ein wichtiger Schritt der Implementierung von Standards und damit verbunden der Qualitätssicherung. Da eine eigene Überprüfung der Bildungsstandards für das Abitur derzeit nicht vorgesehen ist und sich Deutschland gegenwärtig auch an keiner international vergleichenden Schulleistungsstudie in der gymnasialen Oberstufe beteiligt, fehlt es aber an vergleichbaren Indikatoren für ein differenziertes Bildungsmonitoring im Sekundarbereich II.

Standardbezogene Leistungsindikatoren dienen nicht nur dem Systemmonitoring. Sie könnten auch – wie im Schulbereich einiger Länder bereits sichtbar – den Grundstein bilden, um die Qualität der Bildungsprozesse in den einzelnen Einrichtungen datengestützt zu sichern und weiterzuentwickeln. Insbesondere die Verknüpfung mit längsschnittlich angelegten Individualstatistiken würde hier weiterführende Diagnosemöglichkeiten eröffnen, wie sie die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer aktualisierten Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring eingefordert hat.

5. *Koordinierte Steuerung als gemeinsame Gestaltungsaufgabe*

Bildungspolitische Steuerung schafft die Voraussetzungen, um ein leistungsstarkes, offenes, gerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem zu sichern. Die skizzierten Trends und Problemlagen stellen dabei die Entscheidungsträger in Bildungspolitik, -administration und -praxis vor eine Reihe gemeinsamer Herausforderungen. Denn die vielfältigen Anstrengungen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems können nur gemeinsam von unterschiedlichen beteiligten Institutionen, Gruppen und Personen bewältigt werden. Lösungen sind nicht allein von einzelnen Akteuren in bestimmten Bildungsbereichen oder auf getrennten Verantwortungs- und Entscheidungsebenen zu erwarten. Bund, Länder, Kommunen und weitere Träger von Bildungseinrichtungen müssen neue Formen der Kooperation und Abstimmung entwickeln und auch weitere Partner (z. B. zivilgesellschaftliche Akteure) mit einbeziehen. Moderne Bildungssteuerung kann in diesem Sinne als gemeinsame Gestaltungsaufgabe verstanden werden. Dabei steht außer Frage, dass Konsens darüber zu erzielen ist, welche Entwicklungsperspektiven es gibt und welche Schritte und Maßnahmen für ihre Umsetzung notwendig sind. In Anbetracht der bestehenden nationalen, föderalen und kommunalen

Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich stellt sich die Frage, wie neue Formen der Zusammenarbeit und Handlungskoordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu entwickeln sind. Die übergreifenden gesamtgesellschaftlichen Anforderungen müssen sich auch in den Kooperationsstrukturen abbilden, um dem gemeinsamen Interesse an angemessenen Lösungen gerecht zu werden. Die Ergebnisse sollten transparent sein und damit zu einer erhöhten Akzeptanz von Steuerungsentscheidungen beitragen.

Der Nationale Bildungsbericht wird die hier vorgestellten Trends und Herausforderungen auch in den nächsten Jahren beobachten. Der Bildungsbericht 2018 sowie die verwendeten Daten sind unter www.bildungsbericht.de abzurufen.